

Wir können es aber – wie gesagt – nicht verhindern. Dieser Atomtourismus ist umso widersinniger, wenn man berücksichtigt, dass die Brennelemente aus Russland kommen und sowieso irgendwann nach Russland zurück gemusst hätten. Man hätte sich also diesen Zwischentransport nach Ahaus von Anfang an sparen können. Nur – wie gesagt – wir konnten uns im Hause 2005 nicht durchsetzen.

Sämtliche Transporte, die jetzt stattfinden – von Russland nach Ostdeutschland, von Ostdeutschland ins Zwischenlager, vom Zwischenlager wieder nach Russland –, sind so überflüssig wie ein Kropf. Nichtsdestotrotz werden sie wohl stattfinden, weil uns die Hände gebunden sind.

Sie werden wahrscheinlich über Norddeutschland per Schiff über einen Hafen nach Russland gebracht werden. Sie können es mir abnehmen: Dieses unsinnige Vergeuden von Ressourcen ärgert niemanden mehr als mich und die gesamte Landesregierung, damit natürlich auch den Innenminister, denn er ist letztendlich durch den Einsatz der Polizeikräfte vielleicht sogar am meisten belastet.

Eins sollte uns dieser Fall klar machen: Wir müssen alle politischen Mittel einsetzen, um in Zukunft solche Atomtransporte zu vermeiden. Dafür müssen die entsprechenden Initiativen beginnen. Das wird nicht leicht sein. Aber wir müssen es versuchen.

Meine Damen und Herren, zum Eilantrag der Fraktion Die Linke möchte ich Folgendes feststellen: Die Landesregierung – das ist schon gesagt worden und richtig – ist für die Genehmigung der Transporte von Kernbrennstoffen von und nach Ahaus nicht zuständig.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister.

Harry Kurt Voigtsberger, Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr: Die Genehmigung ist Bundessache. Genehmigungsbehörde ist das Bundesamt für Strahlenschutz. Insoweit ist die Aufforderung, keine Atomtransporte zu genehmigen, völlig falsch adressiert, Herr Sagel. Dies müsste an die Bundesregierung gerichtet werden. Wir richten sie ja auch an die Bundesregierung. Der Appell an uns geht am Thema vorbei.

Dass das Transportbehälterlager Ahaus nicht als Endlager konzipiert ist, wissen alle. Es ist ein Zwischenlager mit befristeter Genehmigung. Ein Endlager Ahaus, denke ich, wird es nicht geben. Dafür wird sich auch diese Landesregierung einsetzen. Insoweit geht auch dieser Ansatz an der Sache vorbei. Das heißt: Ihr Antrag ist lediglich gut gemeint, aber nicht gut gemacht.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor, sodass wir am Ende der Beratung zum Tagesordnungspunkt 7 sind.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Eilantrag** der Fraktion Die Linke **Drucksache 15/240**. Dieser ist direkt abzustimmen. Wer dem Inhalt dieses Eilantrags zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind die anwesenden Abgeordneten der Fraktion Die Linke. Gegenstimmen? – Das sind die anwesenden Abgeordneten der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP. Enthaltungen?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Der FDP? – Dietmar Brockes [FDP]: Wir haben abgestimmt!)

– Die waren mit der Absenkung der Hand schneller als ich mit dem Sprechen. Aber wir können die Abstimmung gerne wiederholen, wenn das ausdrücklich gewünscht wird, weil meine Sichtweise angezweifelt wird. – Das ist aber nicht der Fall.

Ich stelle fest, dass der Eilantrag mit den Stimmen der Fraktion Die Linke gegen die Stimmen der übrigen Abgeordneten der anderen Fraktionen keine Mehrheit gefunden hat und somit **abgelehnt** ist.

Ich rufe auf:

8 Wiederaufbau der Kommunal Finanzen nach der Finanzkrise – Anreizsysteme statt Freifahrtscheine

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/125

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion der FDP dem Abgeordneten Engel das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Engel.

Horst Engel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bereits in der vergangenen Plenarwoche konnten wir uns über die aktuelle Finanzlage der nordrhein-westfälischen Städte und Gemeinden austauschen. Dabei haben wir festgestellt, dass die ausklingende Wirtschaftskrise in vielen Kommunalhaushalten Bremsspuren hinterlassen hat. Ursächlich hierfür waren die massiven Einbrüche der konjunkturenfalligen Gewerbesteuer. Analog hierzu stiegen die Sozialausgaben drastisch an. Zwar wird ein Großteil der kommunalen Familie die erlittenen Verluste mittelfristig kompensieren können, es verbleiben jedoch einige Städte und Gemeinden, denen es nicht aus eigener Kraft möglich ist, auf absehbare Zeit aus dem Nothaushaltsrecht herauszukommen.

(Günter Garbrecht [SPD]: Reden Sie ein bisschen lauter!)

– Lassen Sie sich einfach auf die Rednerliste setzen; dann können Sie hier reden!

(Britta Altenkamp [SPD]: Er wollte, dass Sie ein bisschen die Stimme heben! Ich höre Ihnen so gerne zu!)

Mit Ihrem Stärkungspakt Stadtfinanzen will die rot-grüne Minderheitsregierung genau diesen Kommunen mit Zinshilfen zur Seite springen. Das klingt gut, löst aber die Ursache des Problems nicht. Die FDP-Landtagsfraktion sorgt sich daher, dass diese Gelder wirkungslos in den kommunalen Haushalten versickern, wie es schon in der Vergangenheit der Fall war, beispielsweise im Rahmen des sogenannten Ausgleichsstocks.

(Zuruf von Thomas Stotko [SPD])

Wir sind der Meinung, dass finanzielle Zuwendungen des Landes nur dann Sinn ergeben, wenn sie an konkrete Maßnahmen zum Schuldenabbau gebunden sind. Denn neben externen Faktoren wie den Sozialkosten und der Gewerbesteuer gibt es in vielen Städten und Gemeinden auch hausgemachte Probleme. Damit meine ich keineswegs überzogene Ausgaben in den Bereichen Kultur, Sport und Bildung. Bei diesen freiwilligen Ausgaben ist das Angebot der meisten Kommunen wirklich auf Kante genäht. Wahllose Kürzungsorgien ergeben hier keinen Sinn.

Die Einsparpotenziale liegen vielmehr in grundsätzlichen strukturellen Veränderungen bezüglich der Art und Weise der örtlichen Leistungserbringung. Durch erhebliche informations- und kommunikationstechnische Fortschritte ergeben sich heute ganz andere Möglichkeiten der Arbeitsorganisation, als dies noch vor 20 Jahren der Fall war.

Die Verwaltungen haben mit dieser Entwicklung nur zum Teil Schritt gehalten. Die Modernisierungs- und damit auch die Einsparpotenziale sind erheblich, zum Beispiel in der Reorganisation von Frontoffice- und Backofficebereichen. Darüber hinaus sind auch die vielfältigen Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Dahinter kann man drei Ausrufezeichen setzen.

Die meisten finanzschwachen Kommunen haben jedoch das Problem, dass derartige Umstrukturierungen zunächst einmal Geld kosten, das ja nicht vorhanden ist. Darüber hinaus wirken sich die positiven und nachhaltigen Effekte solcher Maßnahmen erst mittelfristig aus. Im Ergebnis werden daher Sparinvestitionen viel zu selten getätigt.

Wenn überhaupt, sollten Landeshilfen aus Sicht der FDP-Landtagsfraktion genau an dieser Stelle ansetzen: als Hilfe zur Selbsthilfe. Dies setzt allerdings voraus, dass sich hilfeschuchende Kommunen dazu verpflichten, ein fraktions- und wahlperiodenüber-

greifendes Entschuldungsprogramm zu erarbeiten, das sie in Kooperation mit dem Land sukzessive umsetzen.

Unser liberales Konzept zum Wiederaufbau der Kommunalfinanzen zeigt einen gangbaren Weg auf, um dies zu konkretisieren. Es wurde von der FDP bereits im Jahr 2009 entwickelt, mit ausgewiesenen Fachexperten auf Plausibilität geprüft und veröffentlicht. Obwohl wir uns nun, anders als geplant, in der Oppositionsrolle befinden, möchten wir nicht, dass diese gute Idee verlorengeht. Als Opposition der Einladung möchten wir die neue Minderheitsregierung deshalb dazu ermuntern, Herr Jäger, unser Konzept aufzugreifen und umzusetzen.

Zum Konzept: Unser Konzept umfasst zwei zentrale Hebel, mit denen hilfeschuchende Kommunen entlastet werden sollen.

Beim ersten Hebel handelt es sich um Landesmittel zur Umsetzung von Sparinvestitionen. Gemeint sind also Projektmittel für strukturelle Veränderungen in der kommunalen Aufgabenwahrnehmung, die mittelfristig zur Einsparung führen. Gemeinden können beispielsweise bei der Einführung eines wirklich funktionierenden E-Government-Systems oder der Errichtung von Shared-Services unterstützt werden.

Beim zweiten Hebel handelt es sich um finanzielle Prämien, die das Land den jeweiligen Kommunen für die erfolgreiche Umsetzung eben solcher Umstrukturierungsprojekte zwecks Altschuldentilgung auszahlt. Auf diese Weise geht der Schuldenabbau mit nachhaltigen Strukturveränderungen einher, die wiederum das Fundament für eine solide Haushaltspolitik in der Zukunft bilden.

Notwendige Voraussetzung für ein derartiges Vorgehen ist die freiwillige Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Land. Denn alle wissen, dass die Kommunalaufsicht aufgrund des verfassungsseitig geschützten kommunalen Selbstverwaltungsrechts eher ein zahnloser Tiger ist. Strukturelle Veränderungen auf kommunaler Ebene können weder angeordnet noch erzwungen werden. Sie müssen von kommunaler Seite gewollt sein.

In unserem Konzept wird also zunächst eine verbindliche Vereinbarung zur Zusammenarbeit zwischen Land und Kommune auf freiwilliger Basis getroffen. Gegenstand dieser Vereinbarung ist ein zeitlich befristetes Kooperationsprojekt, für dessen Umsetzung die Landesregierung Finanzmittel bereitstellt. Die hilfeschuchende Kommune sichert die Umsetzung der vereinbarten Kooperation sowie daran geknüpfte Bedingungen per Ratsbeschluss ab.

Als Grundlage für das gemeinsame Projekt werden eine Aufstellung sämtlicher Besitzstände und Verbindlichkeiten der Kommune sowie eine umfassende Analyse aller angebotenen Leistungen vorgenommen. Hierzu erhält die Gemeindeprüfungsanstalt NRW oder eine vergleichbar qualifizierte Ein-

richtung einen Sonderprüfungsauftrag. Dieser wird aus den Projektmitteln des Landes bezahlt.

Die Gemeindeprüfung mündet in einen detaillierten Bericht, der neben einer objektiven Darstellung der Sachlage bereits Handlungsempfehlungen für Einsparungen und strukturelle Veränderungen enthält. Parallel hierzu wird auf lokaler Ebene ein Kompetenzteam gegründet. Mitglieder dieses Kompetenzteams sind neben dem Verwaltungsvorstand ein unabhängiger Projektmanager, ein Vertreter der Kommunalaufsicht, die an der Gemeindeprüfung beteiligten Gutachter sowie externe Fachberater. Diese Kombination aus internem und externem Sachverstand gewährleistet, dass das Projekt weder durch Betriebsblindheit noch durch Betriebsferne konterkariert wird.

Auf der Grundlage des vorgelegten Prüfberichts entwickelt das Kompetenzteam unter breiter Beteiligung der Politik, der Verwaltung, der lokalen Wirtschaft, der örtlichen Vereine sowie der Bürgerinnen und Bürger einen Masterplan als perspektivisches Instrument zur langfristigen Entschuldung. Je nach Problemlage kann dieser Masterplan durchaus einen Planungshorizont von mehreren Jahren oder sogar Dekaden haben.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Wir haben den Antrag alle gelesen!)

Darum ist es wichtig, einen fraktionsübergreifenden Konsens zu erzielen, der wahlperiodenübergreifend gilt. Inhaltlich sollte der Masterplan alle relevanten Bereiche enthalten, die es zwecks Entschuldung zu verändern gilt. Nach Abschluss des Projektes sollte die teilnehmende Kommune nicht nur einen Großteil ihrer Schulden abgebaut haben, sondern gleichzeitig auch über solide Grundstrukturen für die zukünftige Haushaltsführung verfügen.

Meine sehr verehrten Kollegen, Sie halten einen konsistenten und von Fachleuten für gut befundenen Ansatz in den Händen. Es liegt nun an Ihnen, unserer Einladung zu folgen.

(Reiner Priggen [GRÜNE]: Sie lesen nur den Antrag vor! – Gegenruf von Dr. Gerhard Papke [FDP]: Dann gehen Sie doch nach Hause, Herr Priggen! – Gegenruf von Reiner Priggen [GRÜNE]: „Gehen Sie doch nach Hause!“ – Wo sind wir denn hier eigentlich, Herr Papke? – Gegenruf von Dr. Gerhard Papke [FDP]: Immer diese Schulmeistereil!)

Zum Schluss möchte ich unter Bezugnahme auf den Kommunalen Finanz- und Schuldenreport Nordrhein-Westfalens, Seite 122, den Hinweis geben, dass es möglich ist, die Schulden abzubauen. Dort können Sie nachlesen, wie zum Beispiel Kürten und Duisburg in unterschiedlichem Maße ihre Schulden abgebaut haben – auch wenn Ihnen das nicht passt, Herr Priggen. Wir diskutieren dann im Ausschuss weiter. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Engel. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Sieveke das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Daniel Sieveke (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Engel, wir nehmen die Einladung an. Ich halte heute meine erste Rede als neu gewählter Abgeordneter und spreche gerne zum Antrag der FDP, da mir die Kommunalfinanzen sehr am Herzen liegen.

Die kommunalen Finanzen eignen sich nicht dazu, die großen politischen Richtungsfragen zu diskutieren. Umso mehr eignen sie sich, fundamentale Grundsätze vernünftiger Politik aufzuzeigen: Konnexität, Subsidiarität, Generationengerechtigkeit und kommunale Selbstbestimmung. Hierzu brauchen wir eine große, nachhaltige Lösung von Bund, Ländern und Kommunen im Rahmen der Gemeindefinanzkommission.

Diese Grundsätze sind Prinzipien, die in Krisenzeiten leider leicht unter Druck geraten können, aber nicht müssen. Die FDP hat in ihrer Antragsbegründung bereits aufgezeigt, wie die christlich-liberale Koalition in Nordrhein-Westfalen für die Krisenjahre 2009 und 2010 eine vernünftige Kommunalfinanzpolitik gemacht hat,

(Özlem Alev Demirel [LINKE]: Warum geht es den Kommunen dann so schlecht?)

eine Politik, die sowohl die Kommunen als auch den Haushalt in Nordrhein-Westfalen fest im Blick behalten hat.

Auf den nordrhein-westfälischen Haushalt gehe ich an dieser Stelle nicht noch einmal ein. Die Debatte zum Nachtragshaushalt gestern ist erschöpfend gewesen, wenn auch frustrierend und beängstigend. Ich habe mir gestern die Frage gestellt, ob unsere Ministerpräsidentin als kleines Mädchen mit ihrem Taschengeld schon genauso schlecht zurechtgekommen ist wie heute mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall von der CDU – Widerspruch von der SPD)

– Bleiben Sie ruhig.

Zurück zu der Finanzlage in den Kommunen. Ich selbst bin Kommunalpolitiker, und in meiner Heimatstadt haben wir gerade ein großes Sparpaket auf den Weg bringen müssen. Herr Engel hat schon ausgeführt, wie wichtig es ist, dass Kommunen sparen. Wir mussten das machen, um die Auswirkungen der Krise auf den Stadthaushalt auszugleichen. Das ist uns vor Ort mit großen Anstrengungen und nicht ohne Streit gelungen. Die Steuereinnah-

men steigen, und der Haushalt ist zunächst konsolidiert.

Jetzt mag es in Nordrhein-Westfalen sicherlich tatsächlich Städte und Gemeinden geben, die nicht mehr aus eigener Kraft aus dem Schuldensumpf herauskommen. Aber jetzt sagen Sie mir, liebe Vertreter der Minderheitsregierung, wie ich meinen Paderborner Mitbürgerinnen und Mitbürgern erklären soll, dass sie über Jahre und Jahrzehnte immer wieder haushaltsbedingte Kürzungen in Kauf nehmen mussten und gerade jetzt eines der größten Pakete ...

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Vor allen Dingen in den letzten fünf Jahren!)

– Wir haben das ganz gut gemacht, Frau Beer. Sie können sich gerne wieder in der Paderborner Politik einbringen; vielleicht läuft es dann ja noch besser. Ich glaube aber nicht, wenn Sie das machen.

Zurück zu dem eben angesprochenen Punkt: Wir mussten große Einsparungen vornehmen, und jetzt muss ich den Bürgerinnen und Bürgern erklären, dass das Land Nordrhein-Westfalen für andere Kommunen einfach so einspringt, und zwar nicht für alle Kommunen in gleichem Maße, sondern vor allem für diejenigen, die – ich sage das mit aller Vorsicht – nicht unbedingt vernünftig gewirtschaftet und über ihre Verhältnisse gelebt haben, und zwar seit Jahren.

(Minister Ralf Jäger: Haben Sie auch ein Beispiel?)

Diese Kommunen will die Minderheitsregierung jetzt auch noch dafür belohnen, indem die finanzstarken Kommunen den Stärkungspakt Stadtfinanzen kofinanzieren sollen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Abgeordneter Sieveke, entschuldigen Sie ...

Daniel Sieveke (CDU): Ich lasse keine Zwischenfragen zu.

Wir, die CDU, setzen dagegen auf die Entwicklung eines nachhaltigen Konzepts zur Zukunftssicherung unserer Kommunen in Selbstverantwortung mit einer klaren und nachvollziehbaren Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Der Stärkungspakt Stadtfinanzen und der Aktionsplan Kommunalfinanzen bedeuten das Gegenteil. Sie stellen tatsächlich einen Verschuldungspakt und puren Aktionismus dar.

Einfach nur zulasten des Landeshaushalts ein 300 Millionen € schweres Strohfeuer für die Kommunen zu entzünden, ist nun wirklich keine Lösung. Ihre Minderheitsregierung macht den Städten und Gemeinden kurzfristige Geschenke und tut dabei so, als ob das der große Wurf zur Rettung und Zu-

kunftssicherung der Kommunalfinanzen sei. Das Gegenteil ist der Fall.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Aber ich muss Ihnen zugestehen, dass Sie das Problem der Kommunen richtig erkannt haben. Aber Sie verkommen wieder in Ihren alten Denkstrukturen, in denen das Schuldenmachen kein Problem ist,

(Sigrid Beer [GRÜNE]: So jung und dann so eine alte Leier!)

in denen das Heute näher liegt als das Morgen, indem Probleme nicht angepackt, sondern vertagt werden, indem Leistungsanreize nicht gesetzt werden und – noch viel schlimmer – indem sich Leistung, egal auf welchen Politikfeldern, nicht lohnt.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Dietmar Bell [SPD]: Frechheit! Unverschämtheit!)

Ihr Entwurf zur Änderung des GFG nimmt planlos den Druck vom Bund, sich einer schnellen und trotzdem langfristigen Neuregelung zu stellen – stattdessen 300 Millionen € für die Katz.

(Dietmar Bell [SPD]: Strengen Sie sich intellektuell mal mehr an! – Widerspruch von der CDU)

Natürlich gibt es Städte in Nordrhein-Westfalen, die allein nicht mehr aus ihrer Haushaltsmisere herausfinden können – ich habe es eben schon erwähnt –, weil die lokalen Strukturen schwierig sind, die Städte und Gemeinden keine nennenswerte Industrie vorweisen, einen maroden Dienstleistungssektor und Bevölkerungsstrukturen haben, die wesentlich auf Transfer- und Sozialleistungen angewiesen sind.

Aber es geht doch genau darum, solchen Kommunen zu helfen, ohne Kommunen mit vermeintlich besseren Ausgangslagen zu bestrafen. Mit Ihren Schnellschüssen verbrennen Sie massiv Geld, ohne Verbesserungen von Dauer zu erreichen. Eben weil solche Städte und Gemeinden keine Chance haben, ihre Probleme allein zu lösen, hilft ein Spritzer aus der Landesgießkanne nicht weiter. Ohne begleitende Konzepte zur Entschuldung und nicht zur Umschuldung, wie Sie es planen, werden diese Kommunen auch in Zukunft in ihrem finanziellen und strukturellen Elend verharren.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Rüdiger Sagel [LINKE]: Da tut sich ein Abgrund auf!)

Diese Regierung legt eine falsch verstandene Strukturhilfepolitik an den Tag. Angesagt wäre aber vielmehr eine Hilfe zur Selbsthilfe, nachdem eine vernünftige Aufgabenverteilung gefunden worden ist.

Klar ist auch: Neben allen Strukturproblemen und regionalen Härtefällen können, wollen und werden wir die Kommunen nicht aus ihrer eigenen Verantwortung entlassen, Konsolidierungsbeiträge zu leisten. Herr Engel, Sie haben eben einige ausgeführt, die vor Ort auch geleistet werden können.

Das gilt umso mehr für diejenigen Gemeinden, die sich sehr wohl einen Eigenanteil an ihrer schlechten Lage eingestehen müssen – und das nicht erst seit der Krise oder seit einigen wenigen Jahren, sondern seit vielen Jahren und Jahrzehnten mit Prestigebauten,

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Oh! Paderborn! Ganz vorsichtig!)

unnötigen Wahlgeschenken und überdimensionierten Infrastrukturprojekten. Es gibt nun einmal Städte, die wussten, dass sie kein Geld haben, trotzdem aber Geld ausgegeben haben ...

(Sigrid Beer [GRÜNE] geht zur Bank der Landesregierung.)

– Sie können sich gerne hinsetzen und mit mir sprechen. Sie brauchen hier nicht herumzurennen.

... getreu nach dem Motto: Nach mir die Sintflut. Irgendwer wird es schon bezahlen. – Auch diese Erkenntnis muss ehrlicherweise in der Diskussion berücksichtigt werden.

In den Kontext einer ehrlichen, nachhaltigen Lösung gehört zum Beispiel auch die Überprüfung der Gewerbesteuer. CDU und FDP haben Sie stets ein unumstößliches Festhalten an vermeintlichen Kleinigkeiten vorgeworfen, das hier und dort große gemeinsame Lösungen verhindert habe, zum Beispiel jüngst bei den Fusionsoptionen der WestLB. Aber jetzt machen Sie genau dasselbe, indem Sie sich bei der Gewerbesteuer selbst ein Denkverbot auferlegen und sie als alternativlos bezeichnen.

Wir müssen uns doch gemeinsam die großen Einnahme- und Ausgabepositionen der Städte und Gemeinden anschauen: Einnahmen wie die Gewerbesteuer genauso wie Ausgaben in den unterschiedlichsten Sozialposten. Die Einbeziehung der Freien Berufe in die Gewerbesteuer kann man durchaus diskutieren, aber eben auch eine gänzliche Abschaffung der Gewerbesteuer.

(Lachen von der SPD – Minister Ralf Jäger: Und dann?)

Wir stehen einer sinnvollen Komplettüberlegung für die Kommunen eben nicht im Wege. Jedoch zu glauben, eine Verbreiterung des Gewerbesteueraufkommens würde zu Konjunktursicherheit führen, ist Träumerei.

(Theo Kruse [CDU]: So ist es!)

Steuern sind nun einmal nicht krisensicher. Das mussten wir gerade in den Krisenjahren erleben. Weiterhin zu glauben, die Gewerbesteuer sei das

einzigste denkbare Instrument zur Einnahmesicherung der Kommunen in der Zukunft, ist nun einmal ideenlos.

(Minister Ralf Jäger: Welche dann?)

Ich darf noch einmal zusammenfassen: Uns verbindet, dass uns allen die Lage der Kommunen am Herzen liegt. Jede Landesregierung musste und muss sich diesem Thema stellen. Das tun Sie auch. Es gibt starke und schwache Kommunen. Sie dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Der Stärkungspakt Stadtfinanzen und der Aktionsplan Kommunalfinanzen sind planlose Schnellschüsse und bedeuten nur einen Tropfen auf den heißen Stein.

Wir setzen auf eine nachhaltige langfristige Lösung. Wir setzen auf die Arbeit der Gemeindefinanzkommission, an der Sie sich stärker und offener beteiligen sollten, wenn ich noch einmal auf die Gewerbesteuer hinweisen darf. Wir verschließen uns keiner vernünftigen Lösung. Aber der Änderungsentwurf der Landesregierung zum GFG ist kein großer Wurf zur Stärkung der Kommunen, sondern Aktionismus zulasten des Landeshaushalts.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege, entschuldigen Sie, wenn ich Sie noch einmal unterbreche. Der Abgeordnete Dudas möchte Ihnen gerne eine Frage stellen.

Daniel Sieveke (CDU): Nein.

Heute ist schon klar: Diese Landesregierung will keine echte, keine nachhaltige Lösung. Zumindest bietet sie uns diese heute nicht an. Sie will die Kommunen jetzt beruhigen, um ihnen die Mittel später an anderer Stelle wieder zu entziehen. Das müssen wir schon heute befürchten und sehen.

(Widerspruch von der SPD und von den GRÜNEN)

Wer kein langfristiges Konzept für die Kommunen entwickeln will, wird ihnen nicht auf Dauer gerecht. Er wird den Städten und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen in Wirklichkeit nicht helfen.

Meine Damen und Herren von der Minderheitsregierung, Sie haben in den letzten Monaten immer wieder gesagt: Wir geben den Kommunen finanzielle Unterstützung. – Bitte denken Sie daran: Es ist nicht Ihr Geld, sondern das Geld der Steuerzahler in Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf von der SPD und von Sigrid Beer [GRÜNE])

Wir alle in diesem Hohen Hause haben die Verpflichtung, sinnvoll und verantwortungsbewusst mit dem Geld umzugehen und es nicht wie Sie kurzfristig zu verschenken, um das langfristig zu bereuen –

und das alles nur auf Pump. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Sieveke. Ich gratuliere Ihnen zu Ihrer ersten Rede vor diesem Hohen Hause.

(Beifall von der CDU, von der SPD, von den GRÜNEN und von der FDP)

Als nächster Redner hat für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Dahm das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Christian Dahm (SPD): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich bin schon ein wenig überrascht über die Ausführungen von Herrn Engel und die unseres Kollegen Sieveke. Meines Erachtens haben Sie einiges ausgeblendet – auch während Ihrer kommunalpolitischen Erfahrungen. Ich darf Ihnen sagen, dass auch ich noch im Kommunalparlament sitze. Dort habe ich andere Erfahrungen gemacht. Dazu kommen wir aber vielleicht gleich noch.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Als ich die Überschrift Ihres Antrages gesehen habe, habe ich mich gefreut. „Wiederaufbau der Kommunal Finanzen“ klingt gut. Als ich dann den Text gelesen habe, war ich erstaunt.

Lassen Sie mich gleich Folgendes vorwegschicken: Ich bin schon mehr als überrascht, wenn die gleiche FDP, die in den letzten fünf Jahren hier Regierungsverantwortung hatte, heute fordert: Wir müssen etwas für den Wiederaufbau der Kommunal Finanzen tun. – Ich frage Sie, Kolleginnen und Kollegen der FDP: Was haben Sie denn in den letzten fünf Jahren getan? Und was meinen Sie wohl, warum Sie in diesem Jahr abgewählt worden sind?

Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, ein Leben ohne Abenteuer ist wahrscheinlich unbefriedigend. Aber ein Leben, in dem das Abenteuer jedweder Form zur Dauereinrichtung wird, ist mit Sicherheit ein kurzes Leben. Das hat uns Ihr Wahlergebnis bei der Landtagswahl eindrucksvoll gezeigt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Zu den Fakten: Fast alle Städte und Gemeinden in unserem Land befinden sich – auch verstärkt durch die Wirtschafts- und Finanzkrise – in existenziellen finanziellen Schwierigkeiten, aus denen sie sich nicht aus eigener Kraft befreien können. Besonders betroffen – das hat mein Vorredner auch angesprochen – sind die Städte, die zusätzliche Lasten durch den Strukturwandel und die hohe Arbeitslosigkeit sowie die daraus resultierenden sozialen Probleme schultern müssen. Dadurch wird die bereits seit vielen Jahren bestehende strukturelle Unterfinanzierung vieler Städte weiter verschärft. – Liebe Kolle-

ginnen und Kollegen von der FDP, diesen Punkt sprechen Sie zu Recht in Ihrem Antrag an.

Hinzu kommt aber noch Folgendes: Gleichzeitig wurden den Städten durch den Bund und auch durch das Land Nordrhein-Westfalen – das betone ich ausdrücklich –, nämlich durch Ihre Politik, beispielsweise im Bildungs- und Sozialbereich, weitere Aufgaben übertragen, ohne einen Finanzausgleich vorzunehmen. – Diesen Punkt blenden Sie in Ihrem Antrag wohlweislich aus.

Das Schöne am Altern ist ja, dass man sich vermehrt nur an die schönen Dinge des Lebens erinnert. Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, so alt sind Sie aber doch gar nicht geworden, dass Sie diesen Punkt nicht mehr in Erinnerung haben.

(Beifall von der SPD – Karl Schultheis [SPD]: Die sehen nur so alt aus!)

Ich will Sie aber gern wieder aufs Laufende bringen und Ihnen einige – wahrscheinlich unbequeme – Fakten zur kommunalen Haushaltskrise an die Hand geben. Damit spreche ich auch ausdrücklich meinen Vorredner, Herr Sieveke, an.

Unter Ihrer gemeinsamen Regierungsverantwortung haben Sie den kommunalen Anteil an der Grunderwerbsteuer seit dem GFG 2007 entzogen. Sie haben die Verdoppelung der Krankenhausumlage von 20 auf 40 % beschlossen. Sie standen für die Beibehaltung der Befrachtung des GFG. Alle diese Dinge führten zu einer kommunalen Mehrbelastung von mehreren Hundert Millionen Euro, die Jahr für Jahr den Kommunen fehlen. Das haben wir in den letzten Tagen in diesem Hohen Haus auch gehört. Hinzu kommen die genannten 150 Millionen € für den U3-Ausbau.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der FDP, auch bei der Lastenumverteilung von ursprünglichen Landesaufgaben auf die schon geschwächten Schultern unserer Kommunen waren Sie bekanntlich sehr fintenreich. Hierzu nenne ich Ihnen ein weiteres Beispiel. Die Kommunalisierung der Umweltverwaltung kostete die Kommunen mehrere Millionen Euro.

Das kann doch alles von Ihnen nicht vergessen worden sein. Hierfür haben Sie in diesem Hohen Hause Ihre Hände hochgehalten.

Trotzdem schreiben Sie in Ihrem Antrag, die schwarz-gelbe Landesregierung hätte die Finanzprobleme im Rahmen ihrer Regierungsverantwortung frühzeitig erkannt und sich erfolgreich für eine bestmögliche Abfederung eingesetzt.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Dahm, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche: Der Abgeordnete Engel würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen. Würden Sie sie zulassen?

Christian Dahm (SPD): Nein, lassen Sie mich bitte weiter ausführen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Okay.

Christian Dahm (SPD): Ich werde es gern versuchen, aber ich kann nicht einmal ansatzweise errahnen, woher dieses Selbstbewusstsein Ihrer Fraktion stammt. Das kann ich nicht verstehen.

Aber eine Empfehlung habe ich an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der Fraktion der FDP: Nehmen Sie sich einmal die Zeit und lesen Sie das Buch „Selbstwahrnehmung und Fremdwahrnehmung: Ethnologisch-soziologische Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte und Theorienbildung“ von Hans J. Hildebrandt.

(Beifall von der SPD)

Im Zug von OWL – ich schaue einmal meinen Kollegen an – nach Düsseldorf haben wir sicherlich Gelegenheit, dieses Buch einmal zu lesen.

Meine Damen und Herren, nicht nur das Land, sondern auch der Bund trägt Verantwortung an der Finanzmisere unserer Kommunen. Die erfolgten und angekündigten Steuersenkungen des Bundes lassen zusätzliche dramatische Einnahmeausfälle erwarten. Ich will auch hier nur einige Dinge kurz ansprechen.

Aufgrund der Unternehmensteuerreform fehlen den Kommunen seit 2008 über 100 Millionen €. Durch das Bürgerentlastungsgesetz fehlen ihnen 350 Millionen €. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz – auf der kommunalen Ebene habe ich immer vom Schuldenbeschleunigungsgesetz gesprochen – kostet die Kommunen weitere 200 Millionen €.

(Armin Laschet [CDU]: Hartz-Gesetze kosten auch Geld!)

Diese Liste lässt sich beliebig fortsetzen. Ich möchte aber noch auf die Folgen der Misere eingehen.

Was heißt eigentlich „strukturelles Defizit der Kommunen“? Strukturschwache Kommunen können immer weniger ihre laufenden Ausgaben wie für Personal, Bauunterhaltung, Sozialleistungen und Zinsen durch laufende Einnahmen, nämlich die Steuern und Zuweisungen des Landes, decken. Bis Mitte dieses Jahres hat sich die Summe der kurzfristigen Kredite, also der Liquiditätskredite, der Kommunen auf sagenhafte 19,5 Milliarden € erhöht. Das entspricht einer Verdoppelung von 2005 bis zum heutigen Jahr.

(Zuruf von der CDU: Das wissen wir ja alle!)

139 von 396 Kommunen befinden sich in Nordrhein-Westfalen im Nothaushaltsrecht. Es ist zu erwarten, dass ohne Gegensteuerung rund 35 Kommunen bis Ende 2013 in der Überschuldung festsitzen. Im Kreis Herford, in dem mein Wahlkreis liegt, kann

übrigens von den neun Städten und Gemeinden sowie dem Kreis nicht eine einzige Kommune mehr ihren Haushalt selbst ausgleichen. Vor dieser Situation stehen wir, obwohl die Einsparpotenziale unserer Städte und Gemeinden nach den exorbitanten Sparanstrengungen der letzten Jahrzehnte weitgehend ausgeschöpft sind.

Gleichwohl bleiben die Städte in der Verantwortung – da gebe ich Ihnen allen recht; da bin ich bei Ihnen –, mittel- und langfristig ihre Haushalte zu konsolidieren. Vorwürfe, die Finanznot sei hausgemacht und Folge schlechter Stadtpolitik – das haben wir eben auch gehört; außerdem sprechen Sie in Ihrem Antrag ausdrücklich von „Kommunen, die selbstverschuldet in die Krise gerieten“ –, möchte ich an dieser Stelle aber ausdrücklich zurückweisen.

(Beifall von der SPD)

Alle, die in diesem Hause bereit sind, Verantwortung für unsere Städte zu tragen, werden auch weiterhin alle sinnvollen Weg beschreiten, um die kommunalen Dienstleistungen und die örtlichen Infrastrukturen weiterhin zu ermöglichen. Dabei werden SPD und Bündnis 90/Die Grünen darauf achten, dass die Sicherung eines sozial gerechten und funktionierenden Gemeinwesens aufrechterhalten bleibt, um unseren Städten eine Zukunftsperspektive zu geben.

Denn die erzwungene Reduktion von Investitionen und freiwilligen Leistungen, oft kombiniert mit der Anhebung von Hebesätzen, schmälert schließlich die Attraktivität unserer Städte als Wohn- und Wirtschaftstandort. Zugleich führt das Unterlassen der freiwilligen vorsorgenden Maßnahmen wie etwa Integrationsmaßnahmen, Sprachkursen zu weiter steigenden Sozialausgaben. Daher müssen wir auch dringend umsteuern, wenn wir von der kommunalen Familie sprechen.

Die kommunale Familie zeigt nämlich schon mit dem Zeigefinger auf uns, auf die bösen Onkel und Tanten hier vom Bund und Land, und schlagen die Türe zu, wenn diese mit vermeintlich guten Geschenken vor dem kommunalen Haus stehen. Deshalb haben SPD und Grüne mit dem „Aktionsplan Kommunalfinanzen“ Gegenmaßnahmen aufgestellt – das finde ich nach wie vor richtig. Über die 300 Millionen € Soforthilfe haben wir hier in den letzten Tagen auch gesprochen.

Ich darf auch die Gemeindefinanzkommission ansprechen, den Erhalt und die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer. Die Stundung der Forderungen aus der Einheitslastenberechnung ist hier ebenso wie die Evaluierung des Solidarpakts Ost zu erwähnen. SPD und Grüne werden sich dafür einsetzen, dass auch strukturschwache Regionen in Nordrhein-Westfalen hiervon profitieren können. Erwähnen möchte ich an dieser Stelle den „Stärkungspakt Stadtfinanzen“, der voraussichtlich ab 2011, im nächsten Jahr zwischen 300 und 400

Millionen € jährlich an Aufwand für die Kommunen bereitstellen wird.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich hier die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der kommunalen Wirtschaft, nämlich der Energieversorger. An dieser Stelle möchte ich den § 107a der Gemeindeordnung erwähnen.

Meine Damen und Herren, dies sind eine ganze Reihe von Maßnahmen, mit denen wir beginnen wollen, um die Attraktivität unserer Städte zu steigern und die öffentliche Daseinsvorsorge für unsere Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, ich bin mir sicher, dass ich mit diesen kurzen Auszügen und Stichpunkten aus Ihrem Tagebuch der letzten fünf Jahre Ihr Erinnerungsvermögen ein wenig auffrischen konnte.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Gemeinsam sollten wir alles unternehmen – ich glaube, da sind wir überhaupt nicht auseinander –, um die Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen nachhaltig zu stärken. Es darf nicht sein, dass Kultur in den Städten zum Sündenbock gemacht wird, nur weil es sich um freiwillige Leistungen handelt. Es darf nicht sein, dass Schülerinnen und Schüler in den Grundschulen keinen Schwimmunterricht mehr haben, weil die Schwimmhallen dichtgemacht werden oder wir uns das als Kommunen nicht mehr erlauben können.

In einigen Städten – das hat der Kollege Sieveke eben auch angesprochen – in meinem Wahlkreis gehen im Übrigen schon die Lichter aus. Da ist es bereits dunkel, weil kein Geld mehr für die Straßenbeleuchtung vorhanden ist.

Es darf nicht sein, dass erfolgreiche kommunale Projekte zur Förderung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen eingestampft werden,

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

weil die Kommunalaufsicht derartige freiwillige Leistungen nicht dulden darf.

Ich bin mir sicher: Wir alle haben das gemeinsame Ziel, die Kommunalfinzen wieder zu stärken. Das ist wichtig, und das ist auch richtig. Allein auf die Wirtschafts- und Finanzkrise zu zeigen, greift zu kurz. Da zeigen immer gleichzeitig viele Finger zurück auf die eigene Verantwortung. Wir, SPD und Bündnis 90/Die Grünen, stellen uns dieser Verantwortung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU und der FDP, machen sie mit! Gehen Sie mit uns mutige Schritte für wichtige und richtige Weichenstellungen in unserem Land! Die Überschrift des FDP-Antrages spricht vom Wiederaufbau der Kommunalfinzen. Dem kann keiner widersprechen.

Ich freue mich auf eine interessante Debatte über den richtigen Weg im federführenden Ausschuss für Kommunalpolitik. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Dahm. Auch Ihnen einen herzlichen Glückwunsch zu Ihrer ersten Rede vor diesem Hohen Haus!

Nun darf ich das Wort weitergeben an jemanden, der schon häufiger das Vergnügen hatte, hier zu sprechen. Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Abgeordnete Mostofizadeh. Bitte schön, Herr Kollege.

(Zuruf von Minister Ralf Jäger)

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das liegt nicht ganz an mir. Freundlicherweise haben die Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP viele Anträge zu Kommunal- und Finanzthemen gestellt. Insofern rede ich gerne dazu.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Man muss auch etwas davon verstehen! – Ralf Witzel [FDP]: Dass Sie das über Ihren Kollegen sagen, ist ein Zeichen!)

– Herr Kollege Witzel, Sie haben die letzten vier Minuten telefoniert. Sie sind – ich muss auf das Adjektiv achten – mit einem Spruch, der wenig qualifiziert war, aufgefallen. Ansonsten reden sie selten zur Sache. Insofern bitte ich, dass ich jetzt zu meinem Redebeitrag kommen kann.

Eines lasse ich mir an der Stelle nicht nehmen: Ich finde es schon ein starkes Stück, wenn Ihr Kollege Engel hier einen Antrag vorlegt – zur Sache werde ich gleich etwas sagen – und dann vier Fünftel der Redezeit darauf verwendet, diesen Antrag dem Parlament vorzulesen. Das halte ich für eine intellektuelle Unverschämtheit,

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

die Sie den Kolleginnen und Kollegen hier zumuten. Ich weiß auch, warum das so ist: weil Sie in der Sache nichts beizutragen haben. Wenn man – das tue ich jetzt einmal – sich nur auf den Antrag bezieht, dann fällt auf, dass er so dünn und überflüssig ist, dass es eigentlich zu schade ist, hierauf viele Worte zu verwenden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Nehmen wir den ersten Punkt Ihres Beschlussvorschlages, Herr Kollege Engel und Herr Kollege Witzel. Ich lese Punkt II.1 vor – das ist der Teil, den Herr Engel nicht mehr vorgelesen hat, er hat nur die Begründung vorher vorgelesen –:

„Die Landesregierung stellt Mittel aus dem Landeshaushalt für die Einleitung und Begleitung von Entschuldungsprozessen in Kommunen in schwerwiegenden finanziellen Problemlagen bereit.“

1 €7 € 400 Millionen € – wie viel denn, Herr Kollege? Vielleicht einmal etwas Substanz an das, was Sie hier vortragen wollen!

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Sie nutzen hier den Antrag, um die gleiche Leier immer vorzutragen, die alte Landesregierung aus CDU und FDP habe den Kommunen geholfen, ihnen gehe es eigentlich ganz gut. Dann ist die FDP zuspitzend – abweichend von der CDU – noch der Meinung, eigentlich muss man nur ein wenig effizienter handeln, und dann ist alles wieder im Lot. Es ist doch ein starkes Stück, hier so vorzugehen.

Zu den weiteren Inhalten Ihres Antrags: Erst tragen Sie das vor, was ich eben gesagt habe, wie schön das hier alles sei. Dann kommen Sie zur Feststellung, dass sich die Haushaltslage der meisten Gemeinden und Gemeindeverbände im Zuge des konjunkturellen Aufschwungs wieder stabilisieren wird.

Glauben Sie das ernsthaft? Glauben Sie ernsthaft, dass die Stadt Oberhausen und viele Städte im Ruhrgebiet im nächsten Jahr wieder schwarze Zahlen schreiben werden? Oder meinen Sie mit „stabilisieren“, dass sie weiterhin jährlich mindestens zwei Milliarden neue Kassenkredite hier aufhäufen werden? Das wäre allerdings eine sehr bedrohliche Art der Stabilisierung, die wir nicht wollen, und wo wir uns sehr klar von Ihnen abgrenzen.

Dann kommt im nächsten Satz – das kann ich mir auch nicht verkneifen –:

„Es verbleiben allerdings einzelne Kommunen, deren Verschuldungsgrad dermaßen hoch ist, dass eine Konsolidierung aus eigener Kraft unsicher scheint.“

Dafür fehlen mir fast die Worte der Kommentierung. Bei Städten – ich kann sie nur wieder nennen – wie Wuppertal, Hagen, Oberhausen „scheint“ es nicht unsicher, dass sie das nicht schaffen können. Sie schaffen das nicht bei der Lage, die Sie ihnen vor die Füße geworfen haben. Das geht einfach nicht. Und das wissen Sie auch.

Herr Laschet, jetzt können Sie sich ja aufregen; das ist immer schön, da kann ich immer schön retournieren, das macht im Parlament immer Spaß. Aber es ist doch Fakt. Wir sollten uns doch wenigstens bei der Analyse einig sein, dass diese Städte ohne Hilfe von außen ihren Haushalt nicht saniert bekommen können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn wir da schon abweichen, dann haben wir ein ernsthaftes Problem.

Dann greife ich das auf, was Herr Kollege Weisbrich im Haushalts- und Finanzausschuss gesagt hat. Er hat ausdrücklich die Hand ausgestreckt, als wir gesagt haben, wir wollten im Bereich der Kommunalfinzen, im Bereich der Entschuldungshilfe etwas tun. Da hat er die Unterstützung der CDU angeboten. Ich werde das zum Anlass nehmen, weil die Substanz des FDP-Antrages nichts hergibt, Sie bei diesem Thema in den Ausschussberatungen beim Wort zu nehmen und eine ganz konkrete Frage in Ihre Richtung zu stellen: Wie viel sind Sie denn bereit, für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen zu tun?

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche: Der Abgeordnete Engel möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen. Wollen Sie die zulassen?

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Nein, ich möchte heute keine Zwischenfragen von der FDP zulassen, weil sie auch keine zugelassen hat.

Dann kommen wir einmal zu dem, was inhaltlich eigentlich gemacht werden müsste und was Sie fünf Jahre lang nicht getan haben: Wir wollen als SPD und Grüne tatsächlich wirtschaftliches Verhalten der Kommunen fördern. Wir wollen nicht 300 Millionen oder noch mehr Euro mit dem GFG kommentarlos herüberschieben. Natürlich werden wir – das steht auch im Koalitionsvertrag – das an Bedingungen knüpfen, damit sich die Kommunen auch wirtschaftlich verhalten. Dazu gibt es eine Kommunalaufsicht, dazu gibt es geltendes Haushaltsrecht. Sie tun doch so, als wenn jetzt hier alle Schleusen geöffnet würden, aber das Gegenteil ist der Fall.

Aber was doch falsch ist und was Ihr Innenminister, der sich um die Kommunen überhaupt nicht gekümmert hat, immer falsch ausgelegt hat, ist doch Folgendes: Wenn wir zum Beispiel eine Contracting-Maßnahme in Kommunen haben, in der es darum geht, das Jährlichkeitsprinzip zu überwinden und eine Maßnahme in einen Zeitraum über fünf Jahre zu packen, dann ist das wirtschaftlich sinnvoll, wurde aber von der Kommunalaufsicht einkassiert und nicht zugelassen. Wenn es Zukunftsinvestitionen geben sollte, indem beispielsweise Sportanlagen geschlossen werden sollten, um die Mittel bereitzustellen, wirtschaftlich an anderer Stelle investieren zu können, dann hat ihre Kommunalaufsicht solche vernünftigen Prozesse unterbunden.

Ich sage Ihnen noch ein sehr krasses Beispiel: interkommunale Zusammenarbeit. Die Kommunen im Ruhrgebiet hatten sich auf den Weg gemacht, um sich im Bereich des Katasterwesens zusammenzuschließen und zusammenzuarbeiten. Ihr Innenminister hat sie erst auf den Weg geschickt und dann gesagt: Das dürft ihr nicht; das verstößt gegen geltendes Recht. – Wo sind wir denn? Erst auf der einen Seite sagen, sie müssten zusammenarbeiten,

und ihnen dann die Keule vor den Kopf schlagen, wenn es denn passieren soll!

Und noch eins an dieser Stelle: Tun Sie doch nicht so, als wenn die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker Nachhilfe bräuchten. Natürlich gibt es Fehlentscheidungen in den Städten. Wir haben ja auch Parteien. Deswegen haben wir in den Räten ja auch unterschiedliche Auffassungen und stimmen anders ab. Natürlich habe ich viele Projekte in Essen in den 90er-Jahren, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, für falsch gehalten und dagegen opponiert. Aber die Kolleginnen und Kollegen brauchen doch keine Nachhilfe dabei, was kommunale Zusammenarbeit oder andere Geschichten anbetrifft.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Kolleginnen und Kollegen brauchen Hilfe, damit ihre Haushalte entlastet werden können. Sie brauchen auf der einen Seite schlicht Geld, und sie brauchen die rechtlichen Voraussetzungen, um die Zusammenarbeit zu ermöglichen.

Das, was Sie hier vorgelegt haben, ist unterhalb eines Konzeptes für eine Geschichtsarbeit in der fünften Klasse. Das kann ich Ihnen nicht anders sagen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich habe versucht, hier Anfang und Ende zu finden, um zu wissen, was Sie denn damit wollen. Ich unterstelle Ihnen einmal positiv, Sie wollten irgendetwas tun,

(Ralf Witzel [FDP]: Welch eine Arroganz!)

damit Sie hier irgendwie auffallen können. Aber Sie haben mit diesem Antrag nur unter Beweis gestellt, dass Sie weder willens noch in der Lage sind, sich fachlich mit dem Thema Kommunalfinzen auseinanderzusetzen.

Rot und Grün und andere – ich lade auch ausdrücklich die CDU ein – haben sehr viel Verantwortung in den Städten und Gemeinden. Hören Sie endlich auf mit dieser Beschimpfungstirade! Setzen Sie sich wieder an den Tisch, machen Sie Facharbeit, und dann kommen wir in diesem Land auch ein ganzes Stück voran.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Mostofizadeh. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Die Linke die Abgeordnete Frau Demirel das Wort. Bitte sehr, Frau Abgeordnete.

Özlem Alev Demirel (LINKE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dieser Antrag ist wieder ein hervorragendes Beispiel dafür, dass die FDP nicht nur Unwahrheiten in die Welt setzt, sondern

vor allen Dingen auch die Probleme der Kommunen nicht ansatzweise verstanden hat.

Stattdessen werden hier unter dem Motto „Ist der Ruf erst ruiniert, werden neoliberale Glaubenssätze umso stärker schwadroniert“

(Beifall von der LINKEN)

eine ganze Reihe Phrasen aneinandergereiht, ohne dass dabei irgendein konkreter Lösungsansatz zu entdecken ist.

(Beifall von der LINKEN)

Aber zunächst zu Ihren Unwahrheiten, meine Damen und Herren von der FDP. Sie schreiben, dass die schwarz-gelbe Landesregierung das Problem früh erkannt habe. Dann frage ich mich aber, warum Sie Gesetze wie das KiBiz gemacht haben, weshalb Sie den Kommunen die Krankenhausinvestitionen aufgehalst haben, die nach dem dualen Finanzierungssystem eigentlich Aufgabe der Länder sind,

(Ralf Witzel [FDP]: Mehr Freiheit!)

weshalb Sie die Finanzierung der Schülerbeförderung den Kommunen aufgebürdet haben usw., usf. Weiter schreiben Sie in Ihrem Antrag, dass Sie mit diesen Maßnahmen die Auswertungen der Krise aber nicht voll kompensieren konnten. Das zeigt: Entweder haben Sie das Problem doch immer noch nicht erkannt, denn sonst wüssten Sie, dass das Problem der Kommunen ein strukturelles und kein konjunkturelles ist, oder Sie versuchen auch an dieser Stelle glauben zu machen, dass das Problem mit dem derzeitigen Aufschwung wieder zu beheben sei.

Genau in die Richtung gehen Sie auch, wenn Sie von einzelnen Kommunen sprechen, deren Konsolidierung aus eigener Kraft unsicher erscheine. Da ich aber weiß, dass selbst Sie mittlerweile verstanden haben müssen, dass die Kommunen es eben nicht ohne ein Umsteuern in der Steuerpolitik schaffen können, muss ich mich fragen, ob Sie bewusst Unwahrheiten in die Welt setzen.

Ich komme zum Fazit: Anscheinend finden Sie es gar nicht so schlimm, dass die Kommunen so überschuldet sind, sonst würden Sie Maßnahmen vorschlagen, um den Kommunen tatsächlich zu helfen. Was kommt stattdessen von Ihnen? Sie sehen zunächst einmal das strukturelle Problem im Ausgabeverhalten der Kommunen. Für Sie scheinen öffentliche Bibliotheken, Schwimmbäder oder soziale Hilfsleistungen vor Ort immer noch Luxus zu sein. Oder Sie – das konnte ich bei Ihnen, Herr Engel, heraushören – wollen lieber noch mehr Personal abbauen. Und damit dieser Luxus den Menschen nicht mehr zugute kommen kann, wollen Sie irgendwelche undemokratischen und externen Einrichtungen mit der Gemeindeprüfung beauftragen sowie auf kommunaler Ebene Kompetenzteams gründen. Sie wollen also zunächst einmal Gremien schaffen, die neben den demokra-

tisch gewählten Einrichtungen agieren. So weit, so schlecht.

Was dann aber kommt, ist echt verblüffend. Da Sie nicht genau benennen können, wo auf kommunaler Ebene überhaupt noch gespart werden könnte, ist der einzige konkrete Vorschlag für ein Ziel, das diese Gremien durchsetzen sollen, eine gemeindeübergreifende Feuerwehrleitstelle, die, wie Sie schreiben, ein Meilenstein sein könnte.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Tatü, tata!)

Wie Sie wissen, meine Damen und Herren, gab es im Jahre 2003 die Fusion der Leitstellen in Wuppertal und Solingen. Für beide Kommunen zusammen ergab sich damals nach einem Gutachten eine Ersparnis von 330.000 € pro Jahr, pro Kommune also 165.000 € im Jahr. Dabei wird noch nicht eingerechnet, dass eventuelle Entlassungen und das Verschwinden von Leitstellen zusätzliche Sozialkosten verursachen und dass durch solch eine Fusion die Gefahr von Pannen erhöht werden, wie wir das bereits in Wuppertal und Solingen leider erleben mussten.

Um noch einmal an Herrn Laschet und die Diskussion zum Thema Studiengebühren anzuknüpfen, als er mich gefragt hat, ob ich nicht meine Studiengebühren mit meinen Diäten kompensieren könne: Wissen Sie was, meine Herren von der FDP? Wenn jeder einzelne Abgeordnete der FDP die kompletten Diäten plus Zulagen an eine Kommune geben würde, hätten diese Kommunen mehr Gelder zur Verfügung, und wir müssten uns nicht mit solchen lächerlichen Anträgen beschäftigen; denn Sie sehen, was die Zusammenführung der Leitstellen in Wuppertal und Solingen eingebracht hat.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Demirel, gestatten Sie dem Abgeordneten Laschet eine Zwischenfrage?

Özlem Alev Demirel (LINKE): Selbstverständlich, Herrn Laschet jederzeit.

(Heiterkeit – Zurufe: Oh!)

Armin Laschet (CDU): Liebe Frau Kollegin! – Wie sage ich das jetzt als Frage?

(Heiterkeit – Minister Ralf Jäger: Sollen wir so lange rausgehen?)

War es, als ich zur Diätenfrage gesprochen habe, nicht so, dass ich nicht Ihnen persönlich etwas missgönnt hätte, sondern nur gesagt habe, dass man mit vergleichbaren Einkommen wie Ihres und meines in der Lage wäre, dieses zurückzuzahlen, und dass ich das deshalb unsozial fand?

Özlem Alev Demirel (LINKE): Zu dem Punkt hatte ich ja bereits in der ersten Debatte über die Studiengebühren einiges geäußert. Wir reden jetzt zu Kommunal финанzen. Trotzdem muss ich sagen,

(Beifall von der LINKEN)

dass ich sehr verblüfft war, als Sie mit einem solchen Studienfinanzierungsvorschlag gekommen sind, dass wir mit unseren Diäten die Studienbeiträge ausgleichen sollen.

Weiter zum Antrag: Nein, meine Damen und Herren von der FDP, Ihnen geht es nicht wirklich darum, den Kommunen zu helfen und für eine gute soziale Infrastruktur für die Menschen in diesem Lande zu sorgen. Ihnen geht es darum, den Menschen alles abzupressen, damit Ihre Klientel ein kleines bisschen mehr Profit auf die ohnehin schon fetten Gewinne draufschlagen kann. Ihnen sind die Menschen, die auf Bibliotheken, Schulen, gute Krankenhäuser in der Nähe sowie Schwimmbäder und Sportvereine angewiesen sind, völlig egal.

Wir jedenfalls werden diesen Antrag ablehnen, freuen uns aber auch auf die Debatte im Ausschuss.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Demirel. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Jäger das Wort. Bitte schön.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Danke sehr. – Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Abgeordneter Sieveke, herzlichen Glückwunsch zu Ihrer ersten Rede – gut vorgetragen, inhaltlich verbesserungswürdig. Aber ich weiß ja, wie man seine ersten Reden schreibt. Dann durchsucht man alte Plenarprotokolle zum selben Thema und informiert sich bei altvorderen Abgeordneten und erhält dort die Informationen. Ich habe so ein bisschen das Gefühl, Herr Sieveke, als wollten sie ein paar Altvordere ein bisschen foppen bei der Frage, wie Sie das jetzt hier argumentativ vortragen.

Lassen Sie mich, Herr Sieveke, erst einmal auf das eingehen, was wir im Übrigen gestern schon zweimal diskutiert haben. Sie sagen, diese 300 Millionen €, die wir als Soforthilfe den Kommunen über den Nachtrag 2010 zur Verfügung stellen wollen, wären ein möglicher Hinderungsgrund für die Gemeindefinanzkommission, zu guten Ergebnissen zu kommen. So, Herr Sieveke haben Sie es gerade vorgetragen. Ob sich diese Kommission davon beeindruckt lässt, wage ich sehr zu bezweifeln.

Ich darf noch auf eines aufmerksam machen: Wir wissen, dass diese 300 Millionen € in der Tat die kommunalen Finanznöte keinesfalls lösen. Das ist auch gar nicht der Hauptzweck, warum wir sie zur

Verfügung stellen, Herr Sieveke, sondern der Hauptzweck ist ein systematischer. Den will ich Ihnen gerne erläutern. Wenn ich jetzt „sie“ sage, dann meine ich das klein geschrieben in Richtung Ihrer CDU-Fraktion. Diese 300 Millionen, Herr Sieveke, stellen das dar, was sie mit klebrigen Fingern in den letzten Jahren aus den kommunalen Kassen herausgeholt haben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das Zweite: Sie sagen, wir sollten uns bezüglich der Diskussion in der Kommission doch einmal stärker und offener präsentieren. Wären Sie doch in der letzten Legislaturperiode schon Abgeordneter gewesen, hätten Sie es den bisherigen Kollegen aus Nordrhein-Westfalen, die daran teilgenommen haben, mindestens genauso deutlich ins Stammbuch geschrieben. Nach Durchsicht der Protokolle dieser Kommission, Herr Sieveke, kann ich nicht erkennen, in welcher Weise sich die bisherigen Mitglieder aus Nordrhein-Westfalen in dieser Gemeindefinanzkommission inhaltlich eingebracht hätten – mit einer Ausnahme: die Abschaffung der Gewerbesteuer freundlich zu begleiten. Ansonsten keine Kreativität, keine Kompetenz und vor allem keine Ideen mit Rücksichtnahme auf die Finanznöte der 396 Kommunen, die da in irgendeiner Weise konzeptionell eingebracht worden wären!

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche: Der Abgeordnete Engel würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen. Wollen Sie das zulassen?

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Ich stelle ihn noch zurück. Herr Engel, das machen wir später, weil Sie bei mir gleich auch noch vorkommen.

Herr Sieveke, jetzt zu dem Thema „Gewerbesteuer“, einer Steuer, über deren Abschaffung man Ihres Erachtens diskutieren könnte. – Es hat drei oder vier Versuche in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gegeben, diese Gewerbesteuer abzuschaffen bzw. sie in einer anderen Steuer aufgehen zu lassen. Diese Versuche sind immer deshalb kläglich gescheitert, weil es faktisch keine Alternative inhaltlicher Art gab, Herr Sieveke.

(Theo Kruse [CDU]: Wann hat es denn den letzten gegeben?)

– Herr Kruse, einen sinnvollen, kompensatorischen und organisatorisch umsetzbaren Vorschlag hat es in der Geschichte der Bundesrepublik in diesen Jahren – insbesondere seitens der CDU, Herr Kruse – niemals gegeben.

(Theo Kruse [CDU]: Zwei oder drei hat es gegeben!)

Jetzt kommen wir mal zu dem Volumen. Der Umfang der Gewerbesteuer in der Bundesrepublik

Deutschland beträgt zurzeit etwa 42 Milliarden €. Der Vorschlag der CDU in der Gemeindefinanzkommission ist, die Gewerbesteuer abzuschaffen und den Kommunen dafür kompensatorisch eine höhere Umlage aus der Mehrwertsteuer zur Verfügung zu stellen sowie einen zusätzlichen eigenen Beitrag auf die Einkommensteuer zu erheben.

(Zuruf von der CDU: Wo steht das?)

– Das ist Ihr Vorschlag, Herr Löttgen.

Nun zur Umsetzbarkeit: Um die 42 Milliarden €, die durch Gewerbesteuer erhoben werden, kompensatorisch durch Mehrwertsteuer und eine Erhöhung der Einkommensteuer zu ersetzen, müsste die Mehrwertsteuer in Deutschland um drei bis vier Prozentpunkte steigen. Offen gestanden traue ich der schwarz-gelben Bundesregierung einiges zu, aber ganz sicher nicht die Kraft, ein solches Vorhaben tatsächlich in reale Politik umzusetzen.

Und was wäre damit erreicht? – Die Gewerbesteuer wäre abgeschafft, die 42 Milliarden € wären kompensatorisch vielleicht durch eine stark erhöhte Mehrwertsteuer aufgebracht. Es wäre eine Umverteilung von den Unternehmen auf die Bürgerinnen und Bürger. Aber, Herr Kruse, das eigentliche Fazit wäre, dass die Kommunen immer noch nicht einen Cent mehr hätten.

Deshalb bitte ich darum, uns als Landesregierung nachhaltig zu unterstützen, wenn wir in dieser Kommission sagen: Die Abschaffung der Gewerbesteuer kann nicht funktionieren, weil diese Bundesregierung gar nicht über die Kraft, den Willen und auch nicht über den politischen Partner verfügt, tatsächlich Kompensation über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zu erreichen.

Stattdessen müssen wir an den Kern des Problems heran, nämlich die Kommunen von den Soziallasten zu entlasten, als deren Träger sie nach der Verfassung nie vorgesehen waren. Das sind insbesondere die vier Bereiche „Unterkunftsstellen für Langzeitarbeitslose“, „Eingliederungshilfen für behinderte Menschen“, „Erziehungshilfe in den Kommunen“ und zuletzt sicherlich die „Grundsicherung für Menschen, die zu wenig Rente haben“. Das ist der Kern des Problems, da müssen wir rangehen.

Wir müssen aufhören, in dieser Kommission von einer Abschaffung der Gewerbesteuer zu sabbeln, ohne tatsächlich ein alternatives Konzept zu haben. Stattdessen sollten wir uns als die beiden großen Volksparteien, die dort eine Mehrheit bilden, wirklich gemeinsam darauf konzentrieren, an die eigentlichen Ursachen der kommunalen Finanzmisere zu denken.

(Beifall von der SPD und von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Jetzt komme ich zu dem eigentlichen Antrag, der hier heute vorliegt, Herr Engel. Wer den Antrag liest, könnte sich fragen, warum dieser den aktuell er-

reichten Stand der politischen Debatte und das Handeln der Landesregierung in keiner Weise konkret aufgreift.

Die Antwort darauf ist relativ einfach, Herr Engel: Der Antrag ist aus Textbausteinen eines Artikels in der Zeitschrift „Das Rathaus“ aus Mai/Juni 2010 zusammengeschrieben worden. Verfasser dieses Artikels sind ein gewisser Herr Tobias Brocke und ein Landtagsabgeordneter Horst Engel. – Herr Engel, wir als Landesregierung haben viel Verständnis für Recycling, aber man sollte es wirklich nicht übertreiben.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Engel?

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Jetzt ja.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte schön, Herr Kollege Engel.

Horst Engel (FDP): Herr Jäger, Ihre Einlassung eben ist eine ziemliche Unverschämtheit. Sie werden zur Kenntnis nehmen müssen – das kleide ich jetzt in eine Frage –, ob Sie nachvollziehen können, dass man ein solches Konzept vorher medial vorbereitet, nicht nur im „Rathaus“, im „Börsenspiegel“, in den Fachzeitschriften der Kämmerer usw. – Nehmen Sie also bitte zur Kenntnis, dass ein solcher Antrag einen Vorlauf unter Fachleuten hat. Wenn Sie das zur Kenntnis nehmen – einverstanden.

(Zuruf von der SPD: Fragen! War das eine Frage?)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Engel ...

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herr Kollege Engel, natürlich nehme ich das zur Kenntnis. Das muss auch keine Frage sein. Aber, Herr Engel: Wenn Sie das sozusagen medial vorbereiten wollen, um das einer Beschlussfassung des Parlamentes zuzuführen, frage ich mich, warum Sie damit nicht einige Wochen eher angefangen haben. Dann wären Sie noch an der Landesregierung beteiligt gewesen und hätten wenigstens die Sicherheit gehabt, dass das, was Sie da schreiben, hier als Antrag eingebracht vielleicht auch eine parlamentarische Mehrheit gefunden hätte.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: So ist es schon besser, Herr Minister!)

Deshalb verstehe ich Ihre Vorgehensweise nicht.

Eines ist klar: Was Sie in diesem Antrag beschreiben, ist doch nichts anderes, als jetzt noch mal über Modellversuche, über Coaching, über Beratung der Kommunen das Ziel zu erreichen, irgendwann einmal größere Sparvolumen in Haushalten zu erzielen. Ich sage Ihnen, Herr Engel: Diese Zeit haben wir nicht mehr. Die haben wir nicht mehr, weil Sie – kleingeschrieben – sehenden Auges zugeschaut haben, wie sich in Ihrer Regierungszeit zwischen 2005 und 2010 die Kredite in den nordrhein-westfälischen Kommunen von 10 auf 20 Milliarden € verdoppelt haben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Da haben Sie untätig zugeschaut und in diesem Parlament nichts unternommen, nichts. Im Gegenteil, Sie haben diese Situation, die Gefährlichkeit und die daraus erwachsene Dramatik in diesem Parlament – daran kann ich mich sehr gut erinnern – mehrfach schlichtweg geleugnet.

Deshalb kommt ein solcher Antrag, gelegentlich ein paar Modellversuche einzuleiten, wie man denn größere Sparvolumen in den nordrhein-westfälischen Kommunen erzielen könnte, erstens zu spät – das hätten Sie vielleicht mal initiieren sollen, als Sie noch an der Regierung waren – und trifft zweitens das Problem nicht.

Es ist fünf vor zwölf. Herr Engel, ich sage Ihnen was zu der Situation in einigen Kommunen: Kommunen – 35 gelten als bis Ende 2013 überschuldet –, bei denen die Bilanzsumme nach NKF nicht ausreicht, um den Schuldenstand abzudecken, können nicht mehr mit irgendwelchen Evaluierungsprojekten oder Modellvorhaben über Wasser gehalten werden. Die brauchen konkrete Hilfe dieser Landesregierung, der Bundesregierung und einen kommunalen Ausgleich, der solidarisch zwischen den Kommunen in Nordrhein-Westfalen angelegt ist. Anders ist deren Situation nicht zu verbessern.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Wenn wir das so weiterlaufen lassen, wenn sich dieses Parlament nicht mehrheitlich dazu entscheidet, tief in die kommunale Finanzausstattung einzugreifen, werden in den nächsten Jahren einzelne Kommunen Schwierigkeiten haben, sich selbst mit Kreditmitteln zu versorgen. Welche Konsequenzen das für den Landeshaushalt hat, welche Konsequenzen das für die allgemeine Kreditmittelbeschaffung der 396 Kommunen in NRW hat, das will ich jetzt nur andeuten. Das würde bedeuten, dass dieses Finanzsystem schlichtweg implodieren würde.

Deshalb appelliere ich ernsthaft an die hier vertretenen Fraktionen: Wir müssen jetzt handeln. Es ist

keine Zeit mehr. Wir dürfen die Zeit, die uns noch bleibt, um jetzt noch nachhaltig zu helfen, nicht verstreichen lassen, dürfen das uns noch bleibende Zeitfenster nicht zuschlagen. Wir sollten die Zeit nicht vertun mit irgendwelchen Evaluierungsprojekten oder Modellvorhaben, die Sie in Ihrer Regierungszeit längst hätten initiieren können.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Sie haben uns in der kommunalen Finanzsituation einen Trümmerhaufen hinterlassen, liebe Kolleginnen und Kollegen, einen wirklichen Trümmerhaufen,

(Beifall von den GRÜNEN)

eine Verdoppelung der Kassenkredite in nur fünf Jahren.

Hier müssen wir ansetzen. Wir müssen Lösungen bekommen. Sonst wird dieses Land an anderer Stelle, was die Überschuldung von Kommunen angeht, in eine Situation geraten, die kein Parlamentarier in diesem Haus tatsächlich haben will.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, entschuldigen Sie bitte, dass ich Sie noch einmal unterbreche: Der Abgeordnete Kruse hat sich noch für eine Zwischenfrage gemeldet.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Gut, gerne.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte schön, Herr Kruse.

Theo Kruse (CDU): Herr Minister, Sie haben sich in Ihren Ausführungen ausdrücklich zur Beibehaltung der Gewerbesteuer bekannt, wenn ich Sie richtig verstanden habe. Teilen Sie die Einschätzung, dass die Gewerbesteuer für die Kommunen eine außerordentlich konjunkturenfallige Steuer ist? Und sind Sie tatsächlich der Auffassung, dass eine Neuausrichtung der Soziallastenverteilung in der Bundesrepublik Deutschland die kommunalen Finanzen in Nordrhein-Westfalen auf eine sichere Basis stellen kann?

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Ich kann beides mit ja beantworten, Herr Abgeordneter Kruse. In der Tat ist es so, dass diese Gewerbesteuer – wie fast alle anderen Steuerarten auch – konjunkturenfallig ist. Sie ist aber in der Konstruktion deshalb konjunkturenfallig, weil in den letzten Jahren an verschiedenen Stellen extrem herumgedok-

tert wurde. Ich will da nicht auf die Einzelheiten eingehen.

(Theo Kruse [CDU]: Was ist denn da gedoktort worden?)

Sie hat allerdings einen systematischen Grundfehler, nämlich dass sich diese Steuer aus rein historischen Gründen letztlich nur auf gewerbliche Unternehmen und nicht auf die Unternehmen von Freiberuflern bezieht. Eine verbreiterte Basis, ohne dass man Mehreinnahmen haben müsste, bei der gerechterweise alle Unternehmen herangezogen würden, würde bedeuten, sie deutlich weniger konjunkturenfallig zu machen.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Gunhild Böth)

Der zweite Teil Ihrer Frage, Herr Kruse, lautete, ob denn durch die Veränderung in den Soziallasten tatsächlich die Finanzsituation der Kommunen in Nordrhein-Westfalen nachhaltig verbessert werden könnte. – Da sage ich Ihnen ganz deutlich: Ja, aber nicht alleine.

Wenn Sie die Grundsicherung nehmen, wenn Sie die Eingliederungshilfen nehmen, wenn Sie den KdU nehmen, dann muss man feststellen: Wenn die Gemeindefinanzkommission zu dem Ergebnis käme, Soziallasten in der Größenordnung von 3 bis 4 Milliarden € von Bundeseite zu übernehmen, was systematisch aus meiner Sicht völlig richtig wäre, würde das in etwa bedeuten, dass die klammen Kommunen in Nordrhein-Westfalen aus dieser Maßnahme 800 Millionen € erhalten würden.

Sie wissen, dass das strukturelle Defizit der Kommunen in Nordrhein-Westfalen ca. 2 Milliarden € beträgt.

Wenn man das, was wir an Soforthilfe leisten, mit dem, was wir im Rahmen des Stärkungspaktes an Mitteln vorgesehen haben, mit solchen Leistungen des Bundes und noch einmal Konsolidierungsleistungen der Kommunen zusammenrechnet, dann wäre es aus einem solchen Pakt heraus, zu dem viele beitragen müssten, zu stemmen, tatsächlich die Defizite in den nordrhein-westfälischen Kommunen auf Sicht auf Null zu senken. Das wäre Licht am Ende des Tunnels, meine Damen und Herren.

Zu guter Letzt will ich Ihnen noch eines mit auf den Weg geben. Wir sollten jetzt aufhören, darüber zu streiten, wie spät es ist. Wir sollten auch aufhören, darüber zu streiten, ob es nachhaltiger Hilfen bedarf.

Wir alle hier, insbesondere diejenigen aus den beiden großen Volksparteien, haben fast durchgängig kommunalpolitische Erfahrung. Wir können nicht in den politischen Schützengräben bleiben, sondern müssen es schaffen, im nächsten Jahr im Rahmen dieses „Stärkungspaktes Stadtfinanzen“ gemeinsam eine nachhaltige Lösung zu erzielen. Da gebe ich Ihnen recht, Herr Engel: Sie muss nachhaltig sein. Sie kann nicht sozusagen nur Geld in die Kassen

geben, ohne dass es zu strukturellen Veränderungen kommt.

Aber wenn es uns in diesem Parlament nicht gelingt, zu einer nachhaltigen strukturellen Hilfe für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen zu gelangen, dann fällt uns in den nächsten Jahren ein Problem in Form von insolventen Kommunen auf die Füße. Das kann das Parlament nicht wollen. Das können die Fraktionen nicht wollen. Das können einzelne Abgeordnete nicht wollen. Da bitte ich um Unterstützung für die Landesregierung. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Minister, würden Sie noch eine Frage des Kollegen Engel zulassen?

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Nein, jetzt bin ich fertig.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Dann spricht jetzt für die CDU-Fraktion Herr Sieveke.

Daniel Sieveke (CDU): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Jäger, Sie haben mich jetzt eben so nett angesprochen. Das hat mich noch einmal dazu veranlasst, das Wort zu ergreifen.

Erst einmal: Sie haben in einer der ersten Plenarsitzungen, an denen ich hier teilgenommen habe, die hintere Reihe als Hinterbänkler bezeichnet, und eben haben Sie gemeint, Altvordere hätten mir die Rede und die Inhalte vielleicht aufgedrückt. Dazu muss ich sagen: Vielleicht haben Sie ja ein falsches Bild von jungen Abgeordneten. Vor allem aber haben Sie ein falsches Bild von jungen Abgeordneten der CDU. Wir können uns sehr wohl durchsetzen und unsere Meinung kundtun.

(Beifall von der CDU)

Das gestehe ich Ihnen übrigens auch zu. Einige Ihrer Ausführungen hören sich auch sehr nett und sehr wohlwollend an.

Aber dann hört man schon auch einmal auf die Kolleginnen und Kollegen der letzten Wahlperioden, und man vermutet doch, dass manche Aussagen von Ihnen nicht so gemeint sind, wie Sie sie hier vortragen, sondern einen anderen Duktus haben.

(Beifall von der CDU)

Herr Minister, ich gebe Ihnen ausdrücklich recht, wenn Sie eben von Herumdoktern und von Trümmerhaufen gesprochen haben. Aber nehmen Sie doch bitte zur Kenntnis, dass das Herumdoktern doch nicht erst vor fünf Jahren begonnen hat, sondern schon viel, viel früher angefangen hat.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Ich denke da an die Gewerbesteuer oder an die Last der Kommunen. Die sozialliberale Koalition von 1982 war es, die den Gebietskörperschaften die Verantwortung für die Sozialkosten aufs Auge gedrückt hat, und zwar in der irrigen Annahme, dass sich die Lasten über die gesamte Republik verteilen würden. Sie waren der irrigen Annahme, dass es in Nordrhein-Westfalen keine Ballungszentren gibt, was aber nachweislich der Fall ist. Das ist vielleicht etwas weit weg.

Aber wenn wir an 2000/2001 erinnern dürfen: Damals gab es eine Steuerreform unter Gerhard Schröder, durch die es den Großunternehmen ermöglicht wurde, Verluste von Tochtergesellschaften im Ausland im Inland geltend zu machen. Das hat zu großen Steuerausfällen in den Gebietskörperschaften in Nordrhein-Westfalen geführt.

(Beifall von der CDU)

Das war falsch. Das sind auch Ehrlichkeiten, die dazugehören. Wenn Sie sagen, dass wir aufhören müssen, uns über die Vergangenheit zu streiten, dann lassen Sie uns doch gemeinsam anfangen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Dann hören Sie doch auch auf, zu sagen: An der Gewerbesteuer darf nicht gerüttelt werden. Gehen Sie in die Kommunen. Ich bin auch im Kommunalparlament tätig. Das hat nichts mehr mit CDU, SPD oder Grünen zu tun, sondern alle Gebietskörperschaften fordern in guten Zeiten, an der Gewerbesteuer dürfe nicht gerüttelt werden, während in Krisenzeiten sofort eine Entkoppelung von der Gewerbesteuer verlangt wird. Das ist doch weit hergeholt.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist doch falsch!)

Herr Jäger, zum Schluss – Sie haben es eben angedeutet –: Es ist fünf vor zwölf. Wir brauchen jetzt tatsächlich Lösungen. All das aber – ich habe es gerade ausgeführt –, was bis jetzt vorgeschlagen wurde, sind eben keine Lösungen, sondern nur Tropfen auf den heißen Stein, die verpuffen. Das ist rausgeschmissenes Geld.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Sieveke, würden Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Körfges zulassen?

Daniel Sieveke (CDU): Nein.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Auch keine weiteren von anderen Abgeordneten?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das geht nicht von Ihrer Redezeit ab, Herr Kollege!)

Daniel Sieveke (CDU): Das ist nicht schlimm. Aber es ist schon spät, und wir wollen doch schnell durchkommen. Ich möchte auch nur noch einen Satz sagen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Stellen Sie sich doch der Diskussion!)

– Ich stelle mich jeden Tag Diskussionen. Das ist nun mal so.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Aber jetzt gerade nicht! Angreifen und nicht einstecken! Das müssen Sie schon hinnehmen!)

– Sprechen wir später darüber. Lassen Sie mich den letzten Satz sagen, vielleicht ist er so stichhaltig, dass all Ihre Fragen beantwortet sind.

(Beifall von der CDU)

Herr Minister Jäger, Sie haben eben ausgeführt, in der Gemeindefinanzkommission sei in der Vergangenheit von unserer Seite aus nicht nachhaltig gearbeitet worden. Ich frage Sie: Wer ist denn der Sprecher der Finanzminister in der Gemeindefinanzkommission? – Das ist doch der rheinland-pfälzische Finanzminister der SPD, Herr Kühl.

(Zuruf von der SPD: Beck heißt der!)

Vielleicht könnte er sich nachhaltig dafür einsetzen, mit Ihnen sprechen und vor allem endlich mal Informationen herausgeben, was er nachhaltig leisten möchte.

Summa summarum: All Ihre Maßnahmen – ich habe es eben schon vorgetragen – gehen ins Leere. Wir sind bereit, für eine echte Lösung mit Ihnen – mit allen hier im Parlament – zu arbeiten,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das haben Sie ja in den letzten fünf Jahren bewiesen!)

aber bitte ohne Denkverbote.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Die Zeit der fünf Jahre Denkverbot ist vorbei!)

Dabei gilt auch, dass wir an die Gewerbesteuer heran und wenigstens überleiten müssen. Ich bin traurig, dass die letzten fünf Jahre vorbei sind – für die Kommunen und vor allem für das Land Nordrhein-Westfalen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das sagen Sie mal Ihren christdemokratischen Bürgermeistern! Wie traurig sind die?)

Ich erinnere mich nur an die 39 schrecklichen Jahre vor der christlich-liberalen Koalition. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Sieveke. – Damit sind wir am Schluss der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags** der Fraktion der FDP **Drucksache 15/125** an den **Ausschuss für Kommunalpolitik** – federführend – sowie an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer möchte der Überweisungsempfehlung folgen? – Alle Fraktionen des Hauses. Dann ist sie einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

9 Handlungsfähigkeit der Kommunen sicherstellen – Ergebnisse der NKF-Evaluierung zügig umsetzen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/212

Ich erteile einem der Antragsteller das Wort. Für die CDU-Fraktion spricht Herr Hauser.

Benedikt Hauser (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dieses Haus ist – so wird es immer wieder vorgeführt – ein Haus der Einladungen, die reichlich ausgesprochen werden. Damit meine ich nicht die Einladungen zu den Parlamentarischen Abenden, sondern zur Zusammenarbeit bei den Themen, die in unserem Land drängen und gelöst werden müssen.

Wir laden Sie mit unserem Antrag ein, in einem Punkt, in dem man den Kommunen ganz konkret helfen kann – in finanzieller Hinsicht, vor allen Dingen aber im Umgang mit den bilanziellen Fragen des NKF –, weiter voranzukommen und eine Struktur und Regelungen zu schaffen, die es ihnen erleichtern, damit umzugehen.

Wir legen Ihnen einen Antrag vor, mit dem wir Ihnen die Hand reichen wollen. Damit klar ist, dass wir das tun, sind wir natürlich mit der Überweisung in den Ausschuss einverstanden, um dann gemeinsam darüber zu debattieren, was wir konkret verändern müssen.

Es geht darum, den Kommunen im rechtlichen Rahmen des Neuen Kommunalen Finanzmanagements mithilfe der Evaluierungsergebnisse und deren Umsetzung höhere Flexibilität, leichtere Handhabung und mehr Klarheit im Regelwerk zu verschaffen.

Das Neue Kommunale Finanzmanagement, meine Damen und Herren, also die Umstellung von der Kameralistik auf die doppelte Buchführung, auf den handelsrechtlichen Vorgaben angelehntes Rech-